



# Nueva Nicaragua Informe

19. Jahrgang

Mai 2022

Nr. 208

## **Zum 1. Mai: Klassenkampf und sozialistischer Widerstand**

*Wolfgang Herrmann, gestützt auf Informationen von teleSUR*

Lateinamerika ist kein bedeutender Akteur auf der Bühne der geopolitischen Spannungen, die zum Krieg in der Ukraine führten. Warum sind Kuba, Nicaragua und Venezuela trotzdem eine existenzielle Gefahr für die USA? Warum vereinen sich alle Flügel der Demokraten und Republikaner der USA gegen sie? Dafür sprachen bisher zwei Faktoren:

Erstens, die Kraft des Beispiels, zu versuchen, unabhängige und selbstbestimmte Gesellschaftsprojekte aufzubauen, in denen die materiellen Möglichkeiten und die Interessen der Menschen wichtiger sind als das Kapital.

Zweitens, die staatliche Klassenkampfpolitik der USA. Die Monroe-Doktrin bildet auch für die Biden-Administration den Orientierungsrahmen der Politik. Während der letzten zwanzig Jahre wurde sie zur Zwei-Parteien-Außenpolitik der USA. Ihre zentrale Idee: Jede x-beliebige Nation, die versucht, sich von den USA zu lösen und ein unabhängiges Projekt aufzubauen, bedroht die Vorherrschaft der USA in der betreffenden Region der Welt und muss deshalb zerstört werden. Die Tatsache, dass Kuba, Nicaragua und Venezuela versuchen, nicht nur ein unabhängiges gesellschaftliches Projekt, sondern den Sozialismus aufzubauen, macht sie zu den größten Unruhestiftern.



Es gibt auch eine ideologische Komponente: Die bloße Existenz dieser Nationen in diesen Zeiten, die von immer tiefer und unumkehrbar werdenden Widersprüchen und der aktuellen Krise der kapitalistischen Ordnung charakterisiert sind, birgt eine gravierende ideologische Bedrohung in sich. Wenn diese relativ armen Nationen soziale Wohnungen bauen, kostenlose Bildung und medizinische Versorgung anbieten können; wenn sie garantieren können, dass niemand hungern muss; wenn sie demokratische Strukturen aufbauen können, in denen das Recht der Volksteilnahme geschützt ist, dann fragt man sich, warum diese Menschenrechte nicht für die Bevölkerung der USA realisierbar sind. Das USA-Imperium strebte nie danach, die Menschenrechte durchzusetzen. Ihm geht es nur um Profit und Hegemonie.

Kuba, Nicaragua und Venezuela versuchen einen Sozialismus mit dem verpflichtenden Rahmen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der persönlichen Menschenrechte aufzubauen. Sie vertreten die Auffassung, dass die persönlichen Menschenrechte die universelle Menschenwürde und die soziale Gerechtigkeit, welche die Individuen und Kollektive mittels des sozialen Kampfes für sich selbst bestimmen und absichern, widerspiegeln. Dieser Standpunkt über Menschenrechte ist ihr Kampfszenarium. Er bestimmt eine umfassende einheitliche Strategie für die Entkolonialisierung und den radikalen Wandel, vorausgesetzt, dass dieser Kampf auf der Grundlage der Bedürfnisse und Wünsche der Unterdrückten geführt wird.

Allein schon der Gedanke, dass die USA sich Sorgen um die Demokratie und die Menschenrechte in irgendeinem Teil der Welt machen, ist eine Beleidigung für die friedliebende Welt. Die Geschichte liefert genug Beweise für die Verbrechen der USA. Verbrechen waren charakteristisch für alle Kolonialstaaten. Sie brachten die systematische, terroristische und völkermörderische Gewalt gegen die indigenen Völkerschaften hervor. Sie verwandelten sich wie im Fall der USA in Weltimperien. Bei ihnen sind Demokratie und Menschenrechte weiter nichts als ideologische Maskerade, um die tatsächlichen Interessen und Intensionen der Regierenden zu verheimlichen.

Die laufenden Kriege wie der in der Ukraine, Umstürze wie auf Haiti, Sanktionen und Attacken wie gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela werden von Washington aus gesteuert. Nun kommen die USA selbst in Bedrängnis. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre, unmittelbar nach der verheerenden Krise von 2008/09, haben eine Legitimationskrise und eine neue Erkenntnis über die realen Interessen der Regierenden geschaffen, die nicht so schnell zurückzudrehen sind. Die Armen beginnen, jede Illusion über die Regierung und das Wirtschaftssystem aufzugeben.

Das Gesetz „Build Back Better“ soll Abhilfe schaffen. Es verspricht, das Risiko für die Menschen nach zukünftigen Katastrophen und Schocks zu reduzieren, und die Faktoren, die das Leben der Werktätigen, besonders das der schwarzen Frauen materiell einschränken, einzudämmen. Der reale Zustand der öffentlichen Verhältnisse in den USA macht aus dem Gesetz jedoch einen faulen Trick. Der Gesetzentwurf „Build Back Better“ bietet keine reale Mindestgrundlage für den Schutz der Menschenrechte. Dagegen bieten die Nationen, die den Sozialismus anstreben, soziale Sicherheit, entsprechendes Einkommen, Wohnung, Bildung, Teilnahme an der Machtausübung, medizinische Betreuung, um nur einige Menschenrechte zu nennen. In den USA werden sie der Bevölkerung und dem größten Teil ihrer rassistisch und kolonial Verbannten verweigert.

Zu den beiden genannten Faktoren ist nun ein dritter hinzugekommen. Moskau hat bis auf Kuba, Venezuela und Nicaragua bei Weitem nicht den Einfluss in der Region, den Washington stets hatte. Die von der US-Administration zu den „drei Bösen“ Deklarierten lehnten zwar den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ab, bezogen aber Position gegen die Absicht der USA und Europas, die Ukraine zum Aufmarschgebiet gegen Russland zu machen. Sie treten für die Achtung der Souveränität aller Länder ein, auch die der Donbass-Republiken.

In einer globalisierten Welt hat ein Konflikt des Ausmaßes des Ukrainekrieges weitreichende Konsequenzen. Washington, die Europäische Union, die NATO und alle mit ihnen Verbündete, einschließlich der digitalen Megaunternehmen wie Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft sind sich heute in ihrer Antwort auf den Einmarsch in die Ukraine einig: Russland muss isoliert, zertreten und zerlegt werden. Ein scheinbar regionaler Konflikt kann zu einem Weltkrieg neuen Typs werden. In der Ukraine findet eine militärische Hyper-Gratwanderung statt. Sie dehnte sich bereits auf viele weitere Fronten aus: Auf die Weltwirtschaft, den Welthandel, die Weltfinanzen, medial, digital, kulturell, im Sport und im Weltall.

Die neue Weltlage trifft auch Lateinamerika und die Karibik, vor allem wegen ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Rohstoffpreise für Güter, für die Russland und die Ukraine wichtige Hersteller sind, explodieren. Besonders bei Erdöl und Gas, aber auch bei verschiedenen Metallen wie Aluminium, Nickel, Kupfer, Eisen, Titan und Palladium. Auch bei Weizen, Mais, Sonnenblumenöl und Düngemitteln steigen die Preise enorm an. Die Länder, die diese Güter importieren, leiden darunter. Die Inflation nimmt zu, vor allem im Transport und bei der Energie kommt es zu horrenden Preiserhöhungen. Brot und weitere Lebensmittel werden teurer.

In einigen Ländern, vor allem solchen, die stark von den Auswirkungen der Pandemie des Covid-19 betroffen sind, entwickeln sich Volksproteste gegen die Erhöhung der Lebenskosten. Andererseits profitieren Länder, die fossile Brennstoffe, Erze und Getreide exportieren, wie Venezuela, Chile, Peru, Bolivien, Argentinien und Brasilien, vom aktuellen Preisanstieg.

Moskau hatte es in den letzten Jahren geschafft, sich der Region auf verschiedenen Wegen anzunähern. Während der Gesundheitskrise, hervorgerufen durch die Pandemie des Covid-19, als die reichen Länder die Impfstoffe aufkauften, gab der Kreml eine entsprechende Antwort. Sputnik V war der erste Impfstoff, der nach Argentinien, Bolivien, Nicaragua, Paraguay und Venezuela gelangte. Seit Jahren gewährt der Kreml Regierungen von Ländern, die von Washington sanktioniert werden, großzügige politische und diplomatische Unterstützung. Venezuela, Kuba und Nicaragua intensivierten ihre Beziehungen mit Russland auch auf militärischem Gebiet, als Teil ihrer Widerstandsstrategie gegenüber den USA-Absichten.

Vor Beginn des Krieges entwickelte Russland diplomatische Initiativen, um seinen Standpunkt im Ukraine Konflikt zu erklären. Der russische Präsident sprach mit den Präsidenten Kubas, Venezuelas und Nicaraguas. Er empfing nacheinander die Staatsmänner Alberto Fernández aus Argentinien und Jair Bolsonaro aus Brasilien. Ersterer bot dem russischen Präsidenten an, dass sein Land „das Eingangstor“ Moskaus in Lateinamerika werden könnte. Putin antwortete ihm, dass Argentinien nicht länger ein Satellit Washingtons und vom Internationalen Währungsfonds abhängig sein dürfe. Danach schlug der russische Präsident dem Brasilianer Bolsonaro den Aufbau von Atomkraftwerken und die Entwicklung einer technologischen Allianz zwischen beiden Ländern auf den Gebieten der Biotechnologie, der Nanotechnologie, der künstlichen Intelligenz und der Informationstechnologien vor.

Tage danach marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Kein Land Lateinamerikas schloss sich bedingungslos den Positionen des Kremls an. Am 2. März 2022 schlug in der Generalversammlung der UNO die Stunde der Wahrheit. Nur Weißrussland, Syrien, die Demokratische Volksrepublik Korea und Eritrea votierten gegen die Resolution, die den russischen Angriff auf die Ukraine ablehnt und den Abzug der russischen Truppen fordert. Bolivien, El Salvador, Kuba und Nicaragua enthielten sich der Stimme. Kuba, Nicaragua und Venezuela prangerten jedoch die Doppelmoral der USA und Europas an. Sie kritisierten, dass die Verantwortung der Westmächte, die mit ihren aggressiven Handlungen die Ursachen für die Eskalation des Konfliktes setzten, völlig ausgeblendet wird. Sie verurteilten die wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und politischen Sanktionen gegen Moskau, die

den Konflikt nur noch verschärfen und verlängern. Die Vertreter Mexikos, Boliviens, Brasiliens und Argentiniens schlossen sich dieser Kritik an. „Die UNO darf nicht missbraucht werden, um Konflikte zu verschärfen“, sagte der venezolanische UN-Botschafter Samuel Moncada. Er durfte nur sprechen, nicht abstimmen, denn sein Land schuldet der UNO aufgrund der Sanktionen gegen Venezuela die Beiträge.

Die USA werden die Idee des Sozialismus und die Möglichkeit einer Alternative zur Barbarei des Kapitalismus weiter attackieren. Kuba, Nicaragua und Venezuela nehmen Schlüsselpositionen in den Befreiungsbewegungen der Region ein, die von den kämpferischen Linken der USA und Europas unterstützt werden.

\*\*\*

## Fidel über den sozialistischen Charakter der Revolution

Quelle: teleSUR, Foto: Granma



Am 16. April 2022 feierte Kuba 61 Jahre Proklamation des sozialistischen Charakters seiner Revolution, angeführt vom Comandante Fidel Castro. Sie besiegelte vor aller Welt den ideologischen Wandel des Veränderungsprozesses, der am 1. Januar 1959 auf Kuba begann.

- „Sie können uns nicht verzeihen, dass wir hier vor ihrer Nase leben und vor der Nase der Vereinigten Staaten eine sozialistische Revolution durchführen.“
- „Diese sozialistische Revolution verteidigen wir mit unseren Gewehren. Diese Revolution verteidigen wir mit dem Mut, mit dem gestern unsere Flugabwehrschützen die Flugzeuge des Aggressors abschossen.“
- „Diese Revolution verteidigen wir nicht mit Söldnern. Diese Revolution verteidigen wir mit den Männern und Frauen des Volkes.“
- „So ist sie, die sozialistische und demokratische Revolution der einfachen Menschen, mit den einfachen Menschen und für die einfachen Menschen. Für diese Revolution der einfachen Menschen, mit und für die einfachen Menschen sind wir bereit, das Leben zu geben.“

\*\*\*

## FSLN begrüßt das Forum von Sao Paulo

Quelle: Barricada



Am 29. Mai 2022 fand in Havanna die Beratung des Sekretariats Mesoamerikas und der Karibik des Forums von Sao Paulo statt. Kampfesgrüße der FSLN überbrachte Dr. Gustavo Porras, Präsident der Nationalversammlung Nicaraguas.

In seiner Begrüßungsrede sagte er:

*„Die FSLN ging am 7. November 2021 siegreich aus dem Wahlkampf hervor. Ausgehend vom souveränen Willen unseres Volkes erhielten Comandante-Präsident Daniel Ortega, die Vize-Präsidentin Compañera Rosario Murillo und 150 Abgeordneten in freien, demokratischen, würdigen und für die nicaraguanischen Mehrheiten zufriedenstellenden Wahlen die Stimmen. Wir erfüllten unser Recht auf Abstimmung in völliger Freiheit.*

*Die FSLN ist auf allen Ebenen, national, kommunal, lokal und in den Distrikten organisiert. Auch die Jugend, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereine, indigenen und afrostämmigen Gemeinschaften sind derart organisiert. Diese Organisationsform ermöglicht es uns, die Lage vor Ort einzuschätzen, die Aufgaben zu beraten und die Mitglieder zu befähigen. Die FSLN und ihre Organisationen haben zwei Millionen Mitglieder. Sie sind im ganzen Land präsent...*

*Wir haben unser Historisches Programm erfüllt. Jetzt haben wir eine neue Situation. Sie verlangt neue Antworten. Unsere Programme betonen alle Aspekte der Humansicherheit: Souveräne Sicherheit, Bürgersicherheit, Sicherheit vor Naturkatastrophen und Unheil, soziale, rechtliche, Arbeits-, Umwelt- und Ernährungssicherheit... Die Humansicherheit priorisiert die Gesundheit und die Bildung. Unser Modell erhielt internationale Auszeichnungen. Es beweist seine Effizienz in den Zeiten der Pandemie...*

*Wohnungen, Krankenhäuser, Mutterhäuser, Gesundheitszentren, Spezialisierte Zentren, Wege, Straßen, Brücken, öffentliche Plätze für Handel und Erholung sind Hauptbestandteile des Planes für Entwicklung und Humansicherheit, den wir national und lokal eingeführt haben, um die Rückstände zu beseitigen, die uns die Imperien und ihre Kreolen-Diener hinterlassen haben.*

*Bei Beachtung aller Aspekte der Arbeitssicherheit tragen unsere Programme zur Entwicklung der Arbeit, ausgehend von Talent, Fähigkeit, Fleiß und Schöpfungsfähigkeit der Unternehmer, Produzenten, Landwirte und Handwerker, bei. Sie sind vielerorts in Genossenschaften, Klein-, Kreativ-, Vereins-, Familien- und Gemeinschaftswirtschaften, jeder und jede nach ihren Möglichkeiten und Bestimmungen, auf friedliche Weise tätig.*

*Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Elektroenergie, über die heute fast das ganze Land verfügt, alternative Energiequellen, Telekommunikation, Beachtung des Klimawandels und die Entwicklung guter Praktiken sind nicht wegzudenken, um das Leben in allen seinen Formen zu schützen und zu bewahren... Die Programme, die auf allen Gebieten entwickelt werden, um die Armut zu bekämpfen, haben es ermöglicht, den gescheiterten Putschversuch zu überstehen, der im April 2018 Gräueltaten, Terrorismus, Gewalt, Folterungen und Entführungen brachte und unser Vaterland bluten ließ. Er wurde von der ständig um Vorherrschaft strebenden imperialistischen Regierung der USA und den liebedienenden pro Yankee-Kreolen gefördert, finanziert und gelenkt.*

*Die indigenen Gemeinden unserer Autonomen Regionen der Karibikküste Nord und Süd, die afrikastämmige, Miskita-, Mayagna-, Ramakí- und Garifuna-Bevölkerung sind Eigentümer ihrer Ländereien. Sie regieren sich autonom. Ihre Sprachen, Kulturen, Lebensgewohnheiten und Weltanschauungen werden geachtet.*

*Die Gemeinschaft ermöglicht es uns, voranzuschreiten. Wir müssen für den Frieden kämpfen, um das Wohlergehen unserer Völker zu garantieren. Wir kämpfen gegen Einmischung, Bedrohung, Blockaden und Kriege, die gegen Länder und Völker gerichtet werden, die souverän und in Frieden leben wollen. Diese Aggressionen, die hinterlistig „Sanktionen“ genannt werden, erzeugen mehr Armut und demütigen die Völker. Deshalb wollen wir mehr Verhandlung, Abstimmung, Solidarität, Brüderlichkeit und Einheit unter allen Parteien und Völkern dieses Kontinents und darüber hinaus.*

*Wenn eine andere Welt möglich werden soll, dann müssen wir uns vereinen, jeder in seinem Umfeld und alle im gemeinsamen Haus, damit diese Welt, die wir bereits sehen und erleben, die der Völker und für die Völker sei... Wir wollen freie, sichere und vitale Völker sein, keine Sklaven. Wir wollen hingebungsvolle und leidenschaftliche Erbauer der Zukunft sein!"*

\*\*\*

## Nicaragua ist fest entschlossen, die OAS zu verlassen

Quelle: *Barricada*



Am 24. April 2022 erklärte der nicaraguanische Außenminister Denis Moncada, dass die Regierung am Beschluss vom November 2021, der den Austritt seines Landes „aus diesem teuflischen Instrument des Bösen“ beinhaltet, festhalte. Um den Prozess zu beschleunigen, wurde die OAS aufgefordert, ihren Sitz in Managua sofort zu schließen.

In der Erklärung heißt es weiter: „Nicaragua zieht seine Vertreter Orlando Tardencilla, Iván Lara und Michael Campbell aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zurück... Wir verlassen diese schreckliche, brutale und verlogene Zweigstelle des State Departments des Yankee-Imperialismus und ihre irreführenden Einrichtungen wie den sogenannten Ständigen Rat, die sogenannten Kommissionen, Versammlungen und Gipfel der Amerikas... Nicaragua ist keine Kolonie von Irgendjemanden, es ist auch nicht Teil eines Kolonialministeriums... Wir wollen frei sein von der sich ständig wiederholenden Arroganz der Angestellten des State Departments der Yankees, vom Lakaientum und von der Liebedienerei gegenüber den Yankees... Wir stehen an der Seite Kubas, Venezuelas und aller Völker, die mutig für Frieden, Gerechtigkeit, Souveränität und Würde kämpfen.“

Die Generalstaatsanwaltschaft Nicaraguas kündigte an, dass in Kürze in Managua ein Museum eröffnet wird, wo die Besucher „die Infamie der OAS studieren und die Wahrheit über deren abscheuliches Wirken in der blutigen Geschichte der Kämpfe in Lateinamerika und der Karibik erfahren können“.

Die Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) begrüßte die Entscheidung der nicaraguanischen Regierung, die OAS zu verlassen. Verschiedene Organisationen, wie die Vereinigung der Flüchtlinge Lateinamerikas und der Karibik sowie die Peronistische Strömung (Jugendorganisation der Hemdlosen), begrüßten ebenfalls diese Entscheidung. Die Regierungen Kubas und Venezuelas unterstützen den Beschluss Nicaraguas. Kuba wurde 1962 auf Druck der USA aus der OAS ausgeschlossen. Die Regierung Venezuelas hatte im April 2017 ihren Austritt eingeleitet.

\*\*\*



## UNO-Resolution über Nicaragua ist ein Fehlgriff

Quelle: Yosbel Bullaín für *Prensa Latina*



Die Resolution, die der Rat für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNO) Anfang April 2022 annahm, ist ein Fehlgriff. Im Gespräch mit *Prensa Latina* spielte der Experte für internationale Politik Leonardo González auf die politische Einseitigkeit und das Einmischungsinteresse der UNO an, die inakzeptabel sind, weil sie der Charta der UNO widersprechen.

Eine Gruppe von drei „Experten“, die mögliche Verletzungen der Menschenrechte seit April 2018 in Nicaragua untersuchte, hatte die Resolution eingebracht. Das Dokument wurde mit 20 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen angenommen.

Leonardo González, Dozent für Recht an der Nationalen Autonomen Universität Nicaraguas, ist der Meinung, dass der genannte Rat geringe Berechtigung habe, um die Agenda der Menschenrechte zu vertreten. González bewertet die Agenda als kolonialistisch. Sie vertritt eine diskreditierende Strategie gegen die linken Regierungen der Region.

Für González gibt es in dieser Sache einen widersprüchlichen Aspekt. Wenige Tage zuvor berief man Nicaragua in die Vize-Präsidentschaft der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der UNO für die Leistungen auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit in der Region. „Es scheint so, als ob die Garantie für das Leben, für die Ernährungssicherheit, für die UNO kein Menschenrecht ist...“

Der Universitätsdozent verwies auf die Ereignisse von 2018 in Nicaragua und darauf, dass die sandinistische Regierung damals zwei Kommissionen eingeladen hatte, die den Konflikt untersuchen sollten. „Damals gab es einen konkreten Tatbestand. Aber heute leben wir in Frieden. Es gibt also keine Motive, um eine Untersuchungskommission zuzulassen...“

Die Regierung des Präsidenten Daniel Ortega lehnte die Resolution des Menschenrechtstrates der UNO gegen Managua ab, weil sie jeglicher politischer Grundlage entbehrt...

*jcm/ybv*

## Programm für die Lebensqualität der Nicaraguaner

Quelle: *Prensa Latina*



Mit dem Nationalen Wasser- und Abwasserprogramm wird sich die Lebensqualität für mehr als 800.000 Nicaraguaner verbessern. Das Projekt wird die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE) finanzieren. Insgesamt wird die BCIE 571 Millionen US-Dollar für Investitionen in fünf Initiativen auf dem Wasserwirtschaftssektor, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen von zwei Millionen Menschen beitragen werden, beisteuern, erklärte der Geschäftsführer der Bank Dante Mossi.

Außer der Verbesserung und Erweiterung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird das Programm auch die operative Kapazität des Wasserbetriebes mittels des Baus von sechs Abwasserbehandlungsstationen verstärken. In der ersten Phase werden drei Kläranlagen und fünf Pumpwerke sowie 15.326 Trinkwasseranschlüsse und 5.144 Abwasseranschlüsse gebaut.

*acl/ybv*

## Trinkwassersystem von Quilalí wird ausgebaut

Quelle: *Barricada*



Der Nicaraguanische Betrieb für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (ENACAL) hat die wirtschaftlichen und technischen Angebote der Baubetriebe erhalten, die sich für die Ausführung des Projektes der Erweiterung und Verbesserung des Trinkwassersystems in Quilalí, Nueva Segovia, bewerben. Das Projekt im Wertumfang von 39 Millionen Cordoba wird von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und der Regierung Nicaraguas finanziert. Das Projekt soll im April 2023 fertig werden. Es wird die Trinkwasserversorgung der 1.700 Familien mit 10.800 Angehörigen dieser Stadt verbessern.

\*\*\*

## Preise für Gas und Treibstoffe werden beibehalten

Quelle: *Barricada*

In der Osterwoche erneuerte die Regierung ihren Willen, die Preissteigerungen bei Gas und Treibstoffen zu subventionieren. Bei Diesel wird die Preiserhöhung von 16,32 Cordoba/Gallone (eine Gallone entspricht 3,8 Liter) subventioniert. Auch bei Benzin Super und Regular wird die Erhöhung zu 100 Prozent übernommen. Gas ist für die Haushalte lebensnotwendig. Für eine 25-Libra-Gasflasche (eine Libra entspricht 0,46 Liter) beträgt die Preiserhöhung 30 Cordoba. Sie von der Stadt übernommen.

\*\*\*

## Kakao für den Export

*Carmen Herrera für Barricada*



Der Kakaoanbau bildet einen sehr wichtigen Zweig in der nicaraguanischen Wirtschaft. Iván Acosta, Minister für Wohnungen und Öffentliche Kredite, gab bekannt, dass die Kakaoproduktion sich von 2007 bis heute verdreifachte. Wurden früher vier Quintal (ein Quintal entspricht 46 Kilogramm) je Manzana (eine Manzana entspricht 0,7 Hektar) geerntet, so sind es heute zwölf Quintal je Manzana. 2021 erreichte der Kakaoexport einen Umfang von 10,9 Millionen US-Dollar.

Zurzeit werden auf einer Fläche von 26.000 Manzana Kakao geerntet. Seit 2009 erhöhte sich die Produktivität. Die Exportleistung stieg in diesem Zeitraum von 1.560 Tonnen auf 7.441 Tonnen. Für das zweite Quartal 2022 wurden 7.500 Kakao-Gutscheine und 10.500 Gutscheine für Bioaufwand vergeben, um die Kakaoproduktion zu verstärken.

Das Ziel für 2022 besteht darin, an die Kakao-Finkas 40.000 Förderungsgutscheine zu vergeben, um sie zu stimulieren, die Kakaoproduktion zu erweitern.

\*\*\*



## Anpassung des Monetären Referenzzinssatzes

Quelle: *Barricada*



Die Zentralbank Nicaraguas (BCN) informierte darüber, dass ab 18. April 2022 der Monetäre Referenzzinssatz (TRM) auf 4 Prozent festgelegt wurde. Vorher betrug er 3,5 Prozent. Der nominale TRM entspricht dem Kurs der täglichen Geldgeschäfte in Cordoba ohne Werterhaltung. Die BCN legte dementsprechend auf gleiche Art die Zinssätze der Fenster der monetären Berichte und monetären Einlagen auf 5,25 bzw. 2,75 Prozent fest.

Zusätzlich passte die BCN die Zinssätze für die damit verbundenen Geldgeschäfte, wie für das Fenster der Gelddepots in Cordoba mit den Laufzeiten von 7, 14 und 30 Tagen sowie des Fensters der Geldberichte für 7 Tage, an.

Der TRM wurde in Übereinstimmung mit der Entwicklung der internationalen Zinssätze und der inländischen monetären Bedingungen angepasst, um die Stabilität der Landeswährung zu gewährleisten und die normale Entwicklung der internen und externen Zahlungen zu fördern. Außerdem sollen das Liquiditätsmanagement des Finanzsystems unterstützt und die günstigen Bedingungen für die Finanzvermittlungen aufrechterhalten werden.

\*\*\*

## Botschaft Nicaraguas besuchte die AZBA GmbH in Berlin

Quelle: *Barricada*



Die nicaraguanische Botschafterin Tatiana García besuchte die AZBA GmbH in Berlin. Sie wurde vom Firmenchef, Herrn Jirón, empfangen. Er führte seinen Gast durch den Betrieb und erklärte die Produktion.

Zum Betrieb gehören der Bereich für chemische und physikalische Untersuchungen sowie der Produktionsbereich. Der Betrieb stellt Kosmetika aus natürlichen Bestandteilen, AZBA cosmetics, her. Auf diesem Gebiet hat er mehr als zwanzig Jahre Erfahrung.

Die AZBA GmbH befindet sich im Stadtteil Berlin-Adlershof, auch bekannt als „Stadtteil der Wissenschaft, Technologie und Kommunikation“. Die Wände des Betriebes zieren schöne Fotografien mit Motiven der herrlichen Landschaft Nicaraguas.

Botschafterin Tatiana García und Herr Jirón unterhielten sich über aktuelle Themen und Fortschritte in Nicaragua. In den Jahren vor der Pandemie unterhielt Herr Jirón Kontakte zur nicaraguanischen Botschaft in Deutschland, die nun fortgesetzt werden sollen.

\*\*\*



# GeFiS

Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität e.V.

## Solidaritätsaktion „Medizin für Venezuela“



Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer!

Nach der Gründung unserer Organisation GeFiS e.V. hatten wir im Juli 2020 unseren ersten Aufruf zu der Solidaritätsaktion „Medizin für Venezuela“ gestartet. Auch wenn die Corona-Pandemie in vielerlei Hinsicht unsere Aktivitäten für die Spendenaktion behindert hat, so konnten wir doch im Juni/Juli 2021 mit den von Spendengeldern gekauften Medikamenten sowie mit weiteren gespendeten Hilfsmitteln unsere erste Lieferung nach Venezuela durchführen. Vor Ort wurden wir von unserer Partnerorganisation COSI (Comité für Solidarität und Frieden) und dem ISB (Institut Simón Bolívar) tatkräftig bei der Logistik unterstützt, z.B. Flug von Caracas nach Ciudad Bolívar.

Die Übergabe der Medikamente erfolgte, wie von uns versprochen, direkt vor Ort in der Klinik und bei den indigenen Mapauri im historischen Wohngebiet von Simón Bolívar.

**Jede Spende hilft und wir helfen direkt vor Ort!**

Spendenkonto: GeFiS e.V.

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE19 430609671106051900

BIC: GENODEM1GLS

## Inhalt:

Zum 1. Mai: Klassenkampf und sozialistischer Widerstand	1
Fidel über den sozialistischen Charakter der Revolution	5
FSLN begrüßt das Forum von Sao Paulo	6
Nicaragua ist fest entschlossen, die OAS zu verlassen	8
UNO-Resolution über Nicaragua ist ein Fehlgriff	9
Programm für die Lebensqualität der Nicaraguaner	10
Trinkwassersystem von Quilalí wird ausgebaut	11
Preise für Gas und Treibstoffe werden beibehalten	11
Kakao für den Export	12
Anpassung des Monetären Referenzzinssatzes	13
Botschaft Nicaraguas besuchte die AZBA GmbH in Berlin	14
Solidaritätsaktion „Medizin für Venezuela“	15

\*\*\*

Redaktionsschluss: 30. April 2022

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

---

*Nueva Nicaragua Informe (NNI)* vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

---

## Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)  
Dreesch 18, 17291 Grünow  
Telefon 039857-139003  
Email: ing-herrmann@online.de